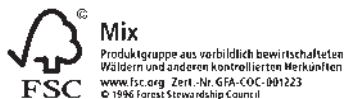


Mehr über unsere Autoren und Bücher:  
[www.westendverlag.de](http://www.westendverlag.de)

Die Jahrbücher der NachDenkSeiten sind bislang im Verlag Helmut Schmidt Medien erschienen. Wie danken Helmut G. Schmidt außerordentlich für die Zusammenarbeit.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie. Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.



ISBN 978-3-938060-56-8

© Westend Verlag Frankfurt/Main  
in der Piper Verlag GmbH, München 2010

Lektorat: Brigitte Baetz

Satz: Fotosatz Amann, Aichstetten

Druck und Bindung: CPI – Clausen & Bosse, Leck

Printed in Germany

## Inhalt

<b>Warum die NachDenkSeiten wichtig sind</b>	7
<b>Nach der Krise ist vor der Krise</b>	
Warum sich in der Politik nichts ändert und warum wir weiter gegen den Mainstream anschreiben	11
1 Alles neu, alles schlimmer: Schwarz-Gelb im Bund	27
2 Die wahren Herren: Die Finanzwirtschaft regiert	46
3 Wirtschaftspolitische Unvernunft: Mayday, ist ein Ökonom an Bord?	77
4 Unfähige Kontrolleure: Der Mainstream der Medien	127
5 Das Milliardenenspiel: Wie mit der Altersvorsorge betrogen wird	155
6 Ungedeckter Scheck auf die Zukunft: Die Katastrophe Bildungspolitik	171
7 Der wahre Verlierer der Krise: Der Sozialstaat wird ausgehöhlt	189

## Nach der Krise ist vor der Krise: Warum sich in der Politik nichts ändert und warum wir weiter gegen den Mainstream anschreiben

Die Finanzkrise hat die tiefste Rezession der Weltwirtschaft seit dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst. In Deutschland schrumpfte die Wirtschaftsleistung um fünf Prozent. Das reale Wirtschaftswachstum in den Industrieländern ging nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) um über drei Prozent zurück. Auch die langfristigen Wachstumsaussichten sind getrübt. Wir stehen eher vor einer Deflation als vor einer Inflation.

Den öffentlichen Haushalten hat die Krise einen schweren Schlag versetzt. Die Haushaltsdefizite dürften sich lange halten und die Schuldenstände weiter ansteigen. Nach Schätzungen des IWF wird die Brutto-Staatsverschuldung der G20-Länder vermutlich von 78 Prozent des BIP auf 118 Prozent im Jahre 2014 zunehmen. Selbst die Deutsche Bank muss eingestehen, dass die Finanzkrise *»der wichtigste einzelne Grund für den massiven Anstieg der öffentlichen Defizite und Schuldenstände«* ist.

Die Staaten haben für die Rettung der Banken Milliardenbeträge in bis dato unvorstellbarer Höhe zur Verfügung gestellt. Vom Herbst 2008 bis zum Frühjahr 2009 wurden dem Finanzsektor Billionen US-Dollar für Garantien und Kapitalhilfen gegeben, um die Panik an den Finanzmärkten einzudämmen. Die zugesagten Mittel erreichten in den Industrieländern 20 bis 30 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, in Großbritannien sogar das Doppelte. Die Bundesregierung spannte in einer Nacht- und Nebelaktion einen

Bankenrettungsschirm. Der Staat garantierte damit 400 Milliarden Euro für sogenannte Refinanzierungsinstrumente. 80 Milliarden Euro wurden für die Rekapitalisierung und für Risikoübernahmen bereitgestellt, die durch den Erwerb von problematischen Forderungen von Finanzunternehmen nötig wurden. Schließlich errichtete man noch einen »Deutschlandfonds« mit einem Volumen von 100 Milliarden Euro, der Unternehmen helfen soll, die von der Wirtschaftskrise betroffen sind.

Die 30 Milliarden Euro für das Konjunkturpaket I und weitere 50 Milliarden Euro für ein Konjunkturpaket II sind dagegen geradezu »kleine Fische« – zumal in die sogenannten Konjunkturpakete Ausgaben hineingerechnet sind, die mit Konjunkturpolitik nichts zu tun haben. Bis Ende 2009 sind zur Stützung der Finanzinstitute 98 Milliarden Euro an Kosten angefallen, wie die *Financial Times Deutschland* am 19. April 2010 berichtete. Zur gleichen Zeit erklärte die Bundesbank, dass in den Jahren 2008 und 2009 über die Hälfte der Bruttoneuverschuldung auf Rettungsmaßnahmen zugunsten von Finanzinstituten im Zusammenhang mit der Finanzkrise entfielen.

Wir erleben die heftigste Krise seit der Weltwirtschaftskrise der zwanziger und dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Noch nie hat es nach dem Zweiten Weltkrieg derart heftige Verwerfungen gegeben. Sie sind letztlich das bittere Resultat von über dreißig Jahren neoliberaler Wirtschaftspolitik. Spätestens seit dem Scheidungsbrief an die sozialliberale Koalition, dem sogenannten Lambsdorff-Papier, haben »Reaganomics« und »Thatcherismus« auch in Deutschland ihren Siegeszug angetreten. Das Rezept ist schlicht: Der Markt kann alles besser als der Staat. Die Zutaten sind: Deregulierung und Privatisierung auf allen Feldern, Zurückdrängung des Staates durch einen Steuersenkungswettbewerb zwischen den Ländern, Kostensenkung durch Lohndumping, wirtschaftspolitische Fixierung auf die Angebotsseite, also die Erleichterung der Investitionsbedingungen und Vernachlässigung, ja sogar das Ignorieren, der Binnennachfrage.

Die Finanzwirtschaft wurde massiv gefördert, sie wurde zu einem der bedeutendsten Bereiche der deutschen Volkswirtschaft erklärt. Zahllose Gesetze und Maßnahmen zur Förderung der Kreditwirtschaft und zur Deregulierung der Finanzmärkte wurden erlassen. 2005 erklärte das Bundesministerium der Finanzen voller Stolz:

**»Das Ziel fest im Blick: Konsequente Schritte in eine erfolgreiche Zukunft für den Finanzmarkt Deutschland in Europa**

*Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren wichtige Stufen erklommen auf dem Weg zu einem erfolgreichen Finanzplatz Deutschland in Europa und der Welt. Entschlossene Reformen und Veränderungen waren notwendig – für die Finanzwirtschaft und für die Bürgerinnen und Bürger*

- › *Das Investmentsparen durch die Bundesbürger soll langfristig und nachhaltig gesteigert werden: Teilhabe aller am wirtschaftlichen Erfolg ist das Ziel.*
- › *Infolge der demographischen Entwicklung muss die umlagefinanzierte erste Säule der Altersversorgung gesichert werden – deshalb geht es um die Stärkung der privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge.*
- › *Die gewaltigen Potenziale des deutschen Finanzmarktes müssen als Motor für Wachstum und Beschäftigung der Volkswirtschaft vollständig ausgeschöpft werden.*
- › *Der Finanzdienstleistungssektor trägt mit einer Bruttowertschöpfung von rund 86 Milliarden Euro mit etwa 4,6 Prozent zum deutschen BIP bei.*
- › *Darüber hinaus ist die Finanzdienstleistungsbranche mit rund 1,4 Millionen Beschäftigten einer der größten Arbeitgeber hoch qualifizierter und gut ausgebildeter Leute.*
- › *Die Kreditwirtschaft ist einer der bedeutendsten Bereiche der deutschen Volkswirtschaft.*
- › *Deutschland ist – gemessen an den Prämieinnahmen – der viertgrößte Versicherungsmarkt der Welt und Weltmarktführer im Rückversicherungsmarkt.*

- › *Deutschland ist Sitz der größten Terminbörse der Welt (Eurex).*
- › *Der Bondmarkt des Finanzstandorts Deutschland ist mit Abstand der größte in Europa.«*

Und so hießen dann unten anderem die Gesetze im Rahmen des »Finanzmarktförderplans 2006«:

› **»Investmentmodernisierungsgesetz**

*Durch das am 1. Januar 2004 in Kraft getretene Investmentmodernisierungsgesetz wurden neue EU-Vorschriften für Investmentfonds in nationales Recht umgesetzt und das deutsche Investmentrecht grundlegend modernisiert. Das Investmentgesetz war die Grundlage für die Einführung von Hedgefonds in Deutschland und eröffnete damit den direkten Zugang für deutsche Anleger zu diesem innovativen Produkt. Grundlage des Vorhabens war ein liberaler Ansatz, der zugleich einen umfassenden und effektiven Anlegerschutz für die Bürgerinnen und Bürger gewährleistet.*

› **Finanzkonglomerate**

*Zu Beginn 2005 ist das Gesetz zur Umsetzung der Finanzkonglomeraterichtlinie in Kraft getreten. Mit diesem Gesetz wurden die EU-Standards für die Beaufsichtigung komplexer Finanzgruppen aus Banken, Wertpapierfirmen und Versicherungen in das deutsche Finanzaufsichtsrecht umgesetzt. Damit wurden bislang noch bestehende Aufsichtslücken geschlossen, die Aufsichtsbefugnisse insgesamt verbessert.*

› **Verbriefungsmarkt / Asset Backed Securities**

*Die Bundesregierung hat es Kreditinstituten erleichtert, Kreditforderungen zu verbrieften: Es wurden Verbriefungszweckgesellschaften, die von Kreditinstituten Kreditforderungen übernehmen und verbrieften, gewerbesteuerrechtlich hinsichtlich der Behandlung von Dauerschulden den Banken gleichgestellt. Die entsprechenden gesetzlichen Regelungen sind mit dem Gesetz zur Förderung von Kleinunternehmern und zur Verbesserung der Unternehmensfinanzierung im August 2003 rückwirkend zum 1. Januar 2003 in Kraft getreten.*

› **Siebtes Gesetz zur Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes**

*Mit dem vom Bundesrat am 8. Juli 2005 verabschiedeten Gesetz wurde die Pensionsfondsrichtlinie (2003/41/EG) der EU in nationales Recht umgesetzt und die Versicherungswirtschaft und die Altersversorgung gestärkt: Die kapitalgedeckten Systeme betrieblicher Altersversorgung können nun am freien Kapital- und Dienstleistungsverkehr teilhaben. Der europäische Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen wird damit im Bereich der betrieblichen Altersversorgung erweitert, sicherer und lukrativer. Die Bundesregierung setzt konsequent ihre Bemühungen fort, das Drei-Säulen-Modell der Altersvorsorge (gesetzliche Rente, betriebliche Altersvorsorge, private Vorsorge) als zukunftsweisendes System der Alterssicherung insgesamt weiter zu stärken. Im Vordergrund stand auch und besonders der Schutz der Versorgungs- und Leistungsberechtigten. Nationales Sozial-, Arbeits- und Steuerrecht wird von der Richtlinie nicht berührt.*

› **Gesetz zur Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes (2004)**

*Mit diesem Gesetz wurde durch die Bundesregierung die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Versicherungswirtschaft und der Schutz der Versicherten entscheidend und nachhaltig verbessert: Wichtigste Punkte sind die verstärkte Aufsicht über Rückversicherungsunternehmen sowie die Neuregelungen für Sicherungsfonds für die Lebensversicherung und die Krankenversicherung im Falle eines Unternehmenszusammenbruchs (künftiger Sicherungsfonds der Protektor AG und Medicator AG).*

› **Europäische Einbindung / Aktionsplan Finanzdienstleistungen**

*Zwischen dem Finanzmarktförderplan der Bundesregierung und der Schaffung eines einheitlichen europäischen Finanzmarktes durch den EU-Aktionsplan Finanzdienstleistungen bestehen zahlreiche Verknüpfungen. Dies ist wenig erstaunlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass mehr als 80 Prozent der Kapitalmarktvor-*

*schriften ihren Ursprung in Entscheidungen des europäischen Gesetzgebers haben.«*

Mit der Zerstörung der gesetzlichen Rente und der Einführung der »Riester-Rente«, mit der sogenannten Öffentlich-Privaten-Partnerschaft (ÖPP oder PPP) und der Privatisierung von Leistungen der Daseinsvorsorge wurden der Finanzwirtschaft Geschäftsfelder für den Umsatz von riesigen Milliardensummen zugeschanzt.

Und schließlich wurde mit den sogenannten Arbeitsmarktformen eine Lohnsenkungsspirale von bislang unvorstellbarer Abwärtsdynamik in Gang gesetzt: mit Ein-Euro-Jobs, Niedriglöhnen, Leih- und Teilzeitarbeit und vor allem einer seit den neunziger Jahren real stagnierenden Lohnentwicklung. Die Lohnquote, das heißt der Anteil der Löhne am Volkseinkommen, liegt heute mit 66 Prozent auf einem historischen Tiefstand – neun Prozentpunkte unter dem Spitzenniveau von 1974. Die Einkommen aus Gewinnen und Vermögen haben dagegen um 36 Prozent zugenommen.

Die großen Versprechen, die mit dieser Rezeptur verbunden waren, haben sich nahezu alle als leer erwiesen. Doch statt die Therapie zu ändern, wurde nur die Dosis der immergleichen Rezepte erhöht. **Die Finanzkrise ist nur der dramatischste Beweis für das Scheitern dieser Politik.**

Angesichts der katastrophalen Auswirkungen hätte man erwarten dürfen, dass die Menschen aus Erfahrung klug werden und die für diesen Kurs politisch Verantwortlichen bei den Wahlen abstrafen. Das Gegenteil ist eingetreten: Bei den letzten Bundestagswahlen erhielt die marktradikalste Partei, die FDP, den höchsten Stimmengewinn und konnte zusammen mit CDU/CSU eine schwarzgelbe Koalition bilden. Merkel hat den Regierungswechsel aus einer großen Koalition geschafft, weil die Verluste der SPD durch die Gewinne von Grünen und der Linken nicht ausgeglichen werden konnten.

Am Abend der Bundestagswahl standen wir von den NachDenkSeiten vor der Alternative: flüchten oder standhalten? Soll-

ten wir genauso politisch resignieren, wie das offenbar ein Drittel der Wahlbevölkerung, das gar nicht mehr zur Wahl ging, getan hatte? Sollten wir uns eingestehen, dass wir der geballten Macht der Meinungsmache, den Interessen der Finanzindustrie und der Großwirtschaft, diesen finanzstarken Besitzstandswahrern, mit unseren Argumenten und Fakten nichts entgegensetzen können?

Wir haben uns für das Standhalten entschieden. Das vorliegende Buch ist ein Beweis dafür. Wir sehen in dem Wahlergebnis, dass unsere Demokratie in Not ist. Viele Umfragen, unter anderem das Eurobarometer der EU, zeigen ein erschreckendes Ergebnis: **Ungefähr die Hälfte der Deutschen ist mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, weniger oder gar nicht zufrieden.**

Wohlgemerkt, die Menschen sind mit dem »Funktionieren« der Demokratie unzufrieden, die Zustimmung zu unserem Grundgesetz hat eher zugenommen.

73 Prozent der Arbeitslosen, 63 Prozent der Hartz-IV-Haushalte, 61 Prozent der Ostdeutschen, 60 Prozent der Haushalte mit einem Nettoeinkommen von unter 700 Euro beurteilen die demokratische Praxis in Deutschland kritisch. Das zeigt die Polis/Sinus-Studie von 2008.

Deutlich mehr als die Hälfte der befragten Menschen in Deutschland sagen, dass es in Deutschland ungerecht zugehe, dass die »Reformen« nicht erfolgreich seien, dass die Hartz-Reformen alles in allem nicht gut seien. Nahezu vier von fünf Deutschen sagen, dass wir einen gesetzlichen Mindestlohn brauchten, und genauso viele halten die Rente mit 67 oder die Privatisierung der Bahn für falsch. Bis hin zum Afghanistankrieg ließen sich noch viele Beispiele anführen, wo eine große Mehrheit in der Bevölkerung die politischen Entscheidungen der Regierenden ablehnt. Meinungen und Wünsche der Mehrheit spielen am Kabinetttisch und im Parlament offenbar nur eine geringe Rolle. Der Einfluss jener, die über viel Geld, publizistische Macht und Beziehungen verfügen, ist dagegen unübersehbar groß.

Der Wille des Volkes und Sacherwägungen spielen keine Rolle, wenn Interessen ins Spiel kommen. Die politischen Entscheidungen geraten mehr und mehr in den Einflussbereich spezieller Interessen und von Interessengeflechten. Der Einfluss auf politische Entscheidungen läuft auf verschiedenen Wegen, zum Beispiel mit Hilfe

1. von Lobbyarbeit,
2. der direkten Platzierung von gewogenen Personen in politischen Ämtern,
3. der politischen Korruption durch private Vergünstigungen,
4. von Propaganda.

**Der Einfluss von außenstehenden Interessen und Personen ist um vieles höher und vielfältiger, als wir uns das vorstellen.**

Wer Geld und publizistische Macht hat, versucht das Wahlverhalten zu beeinflussen. Das erlebten wir bei den vergangenen Wahlen wieder einmal, und zwar von der *Bild*-Zeitung bis hin zum ZDF.

Wer die beschriebene Macht hat, beeinflusst aber auch die innere Willensbildung der Parteien. Das gilt für Entscheidungen zum Programm, zur Strategie und auch für Entscheidungen zu Personen. Die in der Katastrophe endende Entwicklung der SPD und die Verschiebung bei den Grünen zugunsten ziemlich opportunistischer Realos ist nicht zu erklären, wenn man die Beeinflussung dieser inneren Entwicklung durch Propaganda und vermutlich auch durch Platzierung von Personen von außen außer Acht lässt.

Wer die Macht hat, beeinflusst sogar die Entscheidung für Koalitionen. Das konnte man an der Saar genauso wie bei der letzten Bürgerschaftswahl in Hamburg sehen. Auch damals wurde im Vorfeld schon massiv Propaganda gemacht für die schwarz-grüne Zusammenarbeit. Diese Propaganda wird von Public-Relations-Agenturen mit vorbereitet. Sie beeinflussen Medien und einzelne Personen wie Wissenschaftler und andere Multiplikatoren.

Wenn man solche Gedanken und Vermutungen äußert, dann ist in der Regel der Vorwurf fällig, ein Verschwörungstheoretiker zu sein. Dieser Vorwurf ist angesichts der Tatsachen ziemlich seltsam. Es gab zu viele Fälle zum Beispiel der politischen Korruption, die man nicht für möglich gehalten hat. Man nehme etwa die vielen Politiker, die nach dem Ausscheiden aus dem Amt für private Interessen auf dem Feld ihrer vorherigen Tätigkeit arbeiteten und arbeiten. Man nehme etwa die Beratungsverträge von Kohl und einer Reihe seiner politischen Freunde mit dem Medienmogul Leo Kirch – sozusagen als Dank für die Kommerzialisierung des Fernsehens; man nehme Rürup als ehemaligen Vorsitzenden des Sachverständigenrates oder den »Finanzwissenschaftler« Raffelhüschen, die beide für Finanzdienstleister und Versicherungen tätig sind. Viele Beispiele mehr finden Sie in diesem Buch.

Wenn man die Gefahren für die Existenz einigermaßen demokratischer Entscheidungsfindung realistisch einschätzen will, dann muss man die finanziellen Möglichkeiten der potenziellen Steuerleute unseres politischen Geschehens und ihre gewachsenen Beeinflussungspotenziale mithilfe der PR-Wirtschaft betrachten. Wenn Finanzmittel in Milliardenhöhe in den Händen von egoistischen und zynischen Personen sind, dann entsteht eine brisante Mischung. Das könnte die Zukunft unserer Demokratie in Frage stellen.

**Der Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Regierung ist ein Dokument für eine an diesen Interessen ausgerichtete Politik**

Dort heißt es unter der Überschrift »*Mehr Netto vom Brutto*«: »*Wir werden erstens die Motivation und Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer und Arbeitgeber in unserem Land schnell und deutlich stärken, indem wir sofort damit beginnen, die Steuern zu senken, bürokratische Hemmnisse abzubauen und mehr Anreize zu schaffen, damit sich reguläre, sozialversicherungspflichtige Arbeit in allen Bereichen lohnt.*« (S.1)

Steuern senken und bürokratische Hemmnisse abbauen, das sind die Tarnworte für die Zurückdrängung des Staates durch finanzielles »Aushungern« und Deregulierung. »Anreize schaffen, damit sich reguläre, sozialversicherungspflichtige Arbeit lohnt«, das heißt übersetzt: Senkung der gesamten unternehmerischen Lohnkosten und damit vor allem des Arbeitgeberanteils bei den sogenannten Lohnnebenkosten und Steuerentlastung für Unternehmen. Dies alles in der Hoffnung, dass die Unternehmer wieder mehr investierten und dadurch Arbeitsplätze schafften.

Es geht also um die Fortsetzung des »Steuersenkungswahns« der Vergangenheit, wo ohne Rücksicht auf die gesamtwirtschaftliche Situation – geleitet vom Anreizgedanken – die Steuersätze für Unternehmen und vermögende Haushalte massiv gesenkt wurden. Dabei zeigte sich allerdings, dass durch die »Jahrhundertsteuerreformen« die Investitionen weder stabiler noch dynamischer wurden als zuvor. Es wurden dadurch – außer in den vom Export angestoßenen Aufschwungphasen – auch keine zusätzlichen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze geschaffen. Alle diese »Reformen« sind verpufft, weil die Tatsache ignoriert wurde, dass Unternehmen in schlechten Zeiten eben nicht nur mehr Anreize brauchten, sondern schlicht mehr Nachfrage nach ihren Produkten.

Das Ergebnis einer solchen Anreiz-Wirtschaftspolitik war im Übrigen nicht etwa mehr Innovation, sondern im Gegenteil Stillstand beim Wachstum und bei den Löhnen und – wie sich gleichfalls gezeigt hat – eine allenfalls von der Nachfrage von draußen, also vom Export angeregte Konjunktur.

Entgegen der ständig wiederholten Behauptung der schwarzgelben Koalitionäre, Steuersenkungen schafften Wachstum und Beschäftigung, gibt es für diese These weder theoretisch noch empirisch eindeutige Hinweise. Selbst das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft rechnet bestenfalls mit einer Selbstfinanzierung der Steuersenkungen von etwa einem Drittel. Allenfalls kann mit Unternehmenssteuersenkungen die Position von ex-

portorientierten Firmen im internationalen Wettbewerb verbessert werden. Das aber auch nur kurzfristig, denn damit würde nur eine erneute Runde im Steuersenkungswettlauf zwischen den Ländern ausgelöst.

Der erste Grundsatz heißt also, dass Deutschland weiter versuchen soll, über den Export zu Wachstum zu kommen und damit auf Kosten anderer zu leben. Und das in einer Zeit, wo weltweit die Nachfrage sinkt und kaum ein Ökonom seine Hoffnung auf Wachstum aus dem Export setzt.

Aber die ökonomische Wirklichkeit scheint bei den Koalitionsverhandlungen ohnehin ausgeblendet worden zu sein. Dort lautete offenbar die Devise »Weiter so«, egal welche Fehler in der Vergangenheit gemacht worden sind, wir erhöhen die Dosis der alten Rezepte und setzen weiter auf Export: »Wir wollen eine Steuerpolitik, die für die Unternehmen in Deutschland Rahmenbedingungen schafft, die ihr auch in Zeiten der Globalisierung ihre starke Stellung ermöglicht.« Oder: »Steuerpolitik ist auch Standortpolitik. Aus diesem Grund wollen wir das Unternehmenssteuerrecht weiter modernisieren und international wettbewerbsfähig gestalten.« (S. 5)

Diese Politik des Niederkonkurrierens anderer Volkswirtschaften hat inzwischen die nächste Krise, die Euro-Krise, ausgelöst. Mit einem 750-Milliarden-Euro-Gesamtpaket, an dem sich Deutschland mit 148 Milliarden beteiligt, muss nun die Finanzstabilität des Euro-Raumes gesichert werden.

#### **Eine Krise nach der anderen belegt das Scheitern dieses Kurses**

Doch diese Koalition verkündet nach jedem Scheitern einen »Neustart«. Diese Koalition erinnert an den Witz von dem Irren, der mit dem Kopf gegen die Wand rennt und sich darüber freut, wenn der Schmerz nachlässt.

Bei der Bundespräsidentenwahl am 30. Juni 2010 waren neun Monate, fast schon ein parlamentarisches Jahr vergangen. Nach

dem Eindruck mancher Beobachter war bei dieser fast gescheiterten Wulff-Wahl sichtbar geworden, dass der Regierung Angela Merkel und ihrer Koalition der Start nicht richtig gelungen war. Typisch für diese Erklärungsmuster ist ein Beitrag bei *Spiegel Online* vom 1. Juli 2010:

**»Der nächste Neustart kommt bestimmt**

*Wieder einmal heißt es: Alles auf null. Nach neun Monaten in der Regierung will Schwarz-Gelb endlich mal loslegen mit dem Regieren.*

*An gutem Willen herrscht kein Mangel.*

*Es komme jetzt darauf an, »dass die Regierung ihre Arbeit macht«, sagt Kanzlerin Angela Merkel.*

*Die Koalition müsse sich weniger mit sich selbst beschäftigen, sondern mit »der Lösung der Probleme«, sagt FDP-Chef Guido Westerwelle.*

*CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe fordert: »Das Mannschaftsspiel muss besser werden.«*

*CDU-Vize Annette Schavan sagt: »Es ist jetzt Zeit für überzeugende Politik.«*

*CSU-Chef Seehofer wünscht sich, dass jetzt »Führung gezeigt« werde.*

*FDP-Generalsekretär Christian Lindner sagt: »Ab heute sollten wir in der Koalition nach vorne Politik machen.« [...]*

*Die quälende Bundespräsidentenwahl hat Merkel auf schmerzhafteste Weise vor Augen geführt, wie es um die Gefolgschaft ihrer eigenen Leute bestellt ist. Nicht nur der enttäuschten Koalitionäre aus FDP und CSU, sondern auch aus den eigenen Reihen. [...]*

*Die Enttäuschten wieder einzusammeln, ist keine leichte Aufgabe für eine Vorsitzende, die inzwischen fast allein an der Spitze der Partei steht. Die CDU ist eine Partei im Umbruch, die bisher so mächtigen Merkel-Stellvertreter Roland Koch, Jürgen Rüttgers und Christian Wulff geben ihre Ämter auf. Bis zum Parteitag im November muss sie eine neue Führungsmannschaft finden, die auch ihre Gegner befriedet.*

*Regieren allerdings, das steht fest, muss Merkel sofort. Gelegenheit dazu gibt es genug, die Akten der aufgeschobenen Projekte stapeln sich auf dem Schreibtisch der Kanzlerin. [...]*«

Die angebotenen Erklärungsmuster für die Schwierigkeiten von Angela Merkel zur Koalition sind ungenügend. Es mangelt nicht daran, dass Merkel nicht regieren will. Es mangelt nicht daran, dass sie keine Führungsqualität hat. Es mangelt auch nicht daran, dass das Mannschaftsspiel besser werden müsse oder die Koalition nach vorne geführt werden müsse. Als hätten es die Koalitionsparteien versäumt, sich mit ihren inneren Problemen zu beschäftigen!

**Es mangelt vor allem an Sachverstand: Es gibt weder ein überzeugendes wirtschafts- und finanzpolitisches Konzept noch eine Alternative zur neoliberalen Doktrin vom Zurückdrängen des Staates.**

Fatal ist zudem, dass es keine Opposition im wirklichen Sinne des Wortes gibt. Vor allem die immer noch zahlenmäßig größte Gegenkraft, die SPD, fällt weitgehend aus. Natürlich – die schwarzgelbe Koalition führt ja nur das fort, was Rot-Grün in ihrer Politik schon angelegt hat. Das gilt für die Agenda 2010, für Afghanistan, für die Privatisierung der Bahn, für die Politik der einseitigen Steuerenkung für Unternehmen und Besserverdienende, für die Förderung spekulativer Tätigkeit auf den Finanzmärkten, für die Einführung der Privatvorsorge, und so weiter. Was soll die SPD zum Beispiel zur staatlichen Verpflichtung zur Privatvorsorge in der Pflegeversicherung sagen, wenn Müntefering dies für die Riester-Rente mehrmals gefordert hat?

Nirgendwo kann die SPD richtig zuschlagen. Entsprechend fallen die Äußerungen zum Beispiel des Fraktionsvorsitzenden Steinmeier aus. Er sprach zu Beginn von einem »grandiosen Fehlstart«. Union und FDP seien »auf das Regieren offenkundig schlecht vorbereitet«, sagte er der *Bild* am Sonntag. »Schwarz-Gelb hat keinen Kurs und keinen Plan für die Zukunft unseres Landes. Der Koalitionsvertrag schafft in den meisten Feldern mehr Durcheinander als Klar-



heit.« Das sind formale Einwände eines durch frühere Festlegungen gelähmten Oppositionsführers.

Die fatale Kontinuität unserer Politik zeigt sich auch in den Personalentscheidungen: Jörg Asmussen beispielsweise bleibt auch unter Schäuble im Amt – obwohl er formal der SPD angehört. Zur Erinnerung: Asmussen ist jener Staatssekretär und frühere Abteilungsleiter im Bundesfinanzministerium, der der Finanzindustrie schon auf vielfältige Weise Vorteile zu Lasten von uns Steuerzahlern verschafft hat.

Asmussen hat auch bisher schon zur Freude der Finanzindustrie mit der CDU/CSU zusammengearbeitet. In seiner Zeit unter Eichel wurde die Steuerbefreiung der Gewinne bei Vermögenstransaktionen zugunsten der sogenannten Heuschrecken beschlossen. Er hat unter Eichel und Steinbrück den Finanzplatz Deutschland durch Öffnung für spekulative Geschäfte fördern wollen und gefördert. Wir haben darüber in den NachDenkSeiten ausführlich berichtet.

Asmussen hat in Zusammenarbeit mit Merkels Vertrautem für Finanzen, Weidmann, den 480-Milliarden-Euro-Rettungsschirm für die Banken und Versicherungen vorbereitet und sitzt in den weitgehend unkontrollierten Gremien zur Verteilung unseres Geldes. Er ist wesentlich dafür verantwortlich, dass wir die private Bank IKB mit circa acht Milliarden Euro öffentlichen Geldes gerettet haben. Er war maßgeblich beteiligt an der Rettung der Hypo Real Estate mit bisher über 100 Milliarden Euro zugesicherten Garantien, wovon ein großer Teil an Banken, Versicherungen und Fonds fließt, die sich bei der HRE verzockt haben.

Die Entscheidung von Frau Merkel ist in ihrem Sinne und im Sinne der Finanzindustrie. Damit ist garantiert, dass nichts unternommen wird, um das Casino zu schließen. Und es ist garantiert, dass Interna unter der Decke bleiben. Daran haben sowohl Merkel als auch Asmussen und die daran beteiligten SPD-Prominenten wie Steinbrück, Steinmeier und Müntefering ein großes Interesse.

## Damit diese Verbindungen aufgedeckt werden, braucht es weiter eine Gegenöffentlichkeit

Einige Leser der NachDenkSeiten haben uns darauf hingewiesen, dass die Aufklärungsarbeit, die wir mit unserem Blog betreiben, trotz der politischen »Großwetterlage« und des Mainstream in Politik, Medien und Wissenschaft, erfolgreicher sei als wir oft selbst glauben. Unter anderem schrieb ein Leser aus Siegen:

*»Eines meiner Lieblingszitate lautet: ›Man kann ein solcher Verlierer sein, dass man nicht bemerkt, wann man gewonnen hat.‹ ›Steter Tropfen höhlt den Stein‹ bleibt aber auch wahr.«*

Ein anderer NachDenkSeiten-Leser wies auf die Kommentare zu einzelnen Artikeln in Zeitungen und deren Online-Auftritten hin:

*»In der aktuellen ZEIT gab es wieder mal ein unverschämtes Interview, dieses Mal mit Herrn Ernst. [...] Aber wenn Sie sich die Kommentare anschauen, merken fast alle, woher der Wind pfeift, und das können Sie m. E. zum allergrößten Teil sich selber und Ihren Mitstreitern auf den NachDenkSeiten zuschreiben! Ihr Ansatz, Strukturen sichtbar zu machen, ist einfach genial. [...]*

*Ihr F.-J. K.«*

Die Strukturen der Meinungsmache sichtbar zu machen, das war in der Tat der Grundgedanke bei der Gründung der NachDenkSeiten. Wir hätten diese Arbeit aber bisher und könnten sie auch künftig ohne die vielen interessanten Hinweise unserer Leserinnen und Leser nicht leisten. Ihnen und insbesondere den täglich mitarbeitenden Helferinnen und Helfern gilt deshalb Lob und Anerkennung in gleicher Weise. Und auch sie sind damit die Adressaten der folgenden Mail:

*»Ich finde es schon erstaunlich, wie weit der Lobbyismus um sich greift und wie er auch noch von gewissen Parteien gefördert wird! Und mit diesem Hinweis möchte ich Ihnen allen ganz herzlich für Ihre Seiten danken. Ganz klasse Arbeit! Und ich stelle fest, immer mehr Menschen in meinem Bekanntenkreis kennen Ihre Seiten inzwi-*

*schen und lesen diese regelmäßig. Ein großes Lob, Sie leisten wertvolle Arbeit. «*

Das Internet bietet für unsere Art von Gegenöffentlichkeit ein gutes Feld. Doch um eine Mehrheit in Politik und Gesellschaft zu erreichen, ist unsere Arbeit noch zu schwach. Aber angesichts des Verlustes an aufklärenden und aufklärerischen Beiträgen in der öffentlichen Debatte und angesichts des sich verbreitenden Kampagnenjournalismus ist sie weiterhin wichtig. Die NachDenkSeiten sind inzwischen zu einem der wichtigsten politischen Blogs geworden. Mit über sechs Millionen Page Impressions im Monat erreichen sie auch viele sogenannte Multiplikatoren, das heißt Journalisten und andere meinungsbildende Kreise. Das macht Hoffnung.

*Ihr Albrecht Müller und Wolfgang Lieb*